



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

P/IK/151 - 3.8.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

Überholte strategische Rezepte	S. 1
Gibraltar - 250 Jahre britisch	S. 3
Nachwort zum Karlsruher Urteil	S. 4
"Sexualtourismus"	S. 5
Bayern - SPD tagte in Nürnberg	S. 7

Churchills Vision

s. Der Versuch, die starre EWG-Politik der Bundesregierung an den jüngsten Erklärungen Churchills über die Wasserstoffbombe zu messen, -enthüllt gleichzeitig Gefahr und Nutzlosigkeit aller Aufrüstungspolitik, die allein auf Truppenstärken beruht. "Veraltet", sagte Churchill vor dem Unterhaus, "absolut veraltet" seien alle strategischen Gedanken, die noch vor einem Jahr wohl ineinander gefügt waren. England löst seine Machtposition am Suez auf, weil seine Truppen dort in ihrer Zusammenballung mit Sicherheit als erste dem Untergang geweiht wären. Wo die meisten Truppen auf engem Raum stehen, kann der Gegner sie am wirksamsten treffen. Wo gibt es jetzt noch für die großen Armeen alten Stiles Sicherheit?

Jetzt auf die EWG-Politiker, die den Sowjets mit Divisionenzahlen imponieren wollen, keinen Eindruck gemacht, dass England, die Weltmacht, eine Position im Nahen Osten aufgibt, allein mit der Begründung der veränderten strategischen Lage. Unterscheidet sich denn ein aufgerüstetes Westdeutschland, in dem Truppen der Westmächte und Deutschlands auf engem Raum - zur offensiven Abwehr östlicher Angriffe" (Heusinger) - zusammengefasst werden müssen, anders von der Suezzone als durch die verschiedene Größenordnung? Ist es nicht sicher, dass überall, wo künftig Truppen in großen Massen zum Angriff oder zur Verteidigung zusammengesogen werden, Atombomben den Himmel, die Erde und die Menschen zerreißen? Gilt das nicht für beide,

für Ost und West? Churchill, der greise Staatsmann, hat mit seiner Begründung für den militärischen Abzug Englands aus der Suez-Zone alle strategischen Konzentrationstheorien der Militärs aufgehoben. Seit einem Jahr, sagt Churchill, habe sich die Welt verändert.

Politiker, die jetzt noch glauben, auf internationalen Konferenzen einander mit zahlenmäßig überwältigenden Armeen zu beeindrucken, gehören zur Ideengeneration des imperialistischen Captain Waterhouse, über den die neue Zeit in einem symbolhaften Vorgang soeben im englischen Unterhaus hinweggeschritten ist. Atombomben und kleine, qualifizierte Einheiten mit großer Bewegungsfreiheit sind zu fürchten. Das Bild eines unbekanntem, grausamen Krieges verlorener Haufen vor zerstörtem Hinterland steigt hier auf. Vernichtet werden die Armeen und die Fabriken.

Churchill selbst, der seit einem Jahr die grausigen Konsequenzen eines solchen Krieges ahnt, hat am 11. Mai 1953 seine berühmte Locarno-Rede gehalten. Sie trug ihm den Zorn der Amerikaner ein und auch nicht die Freundschaft der Russen. Aber seither hat England, auch unter dem Protest der Amerikaner, versucht, zu vermitteln und zu verhandeln. Nicht zuletzt durch Edens Haltung ist der Genfer Kompromiß-geglückt. Man kann sicher sein, dass Churchill auch die jüngste russische Deutschland-Note mit der Bereitschaft, in Verhandlungen einzutreten, beantworten würde, wenn die Antwort allein von ihm abhängt. (Welcher Unterschied zu dem vom Bundeskanzler bestimmten CDU-Beschluß von Baden - Baden mit seinem sturen Nein gegenüber solcher Verhandlungsmöglichkeit wird hier sichtbar!) Churchill hat vor dem englischen Parlament in dem Augenblick, als er bedroht war, seine Nerven zu verlieren, das Visier für Sekunden hochgeschlagen. Dahinter wurde der Churchill erkennbar, der seit einem Jahr in Angst und Grauen "vor erschreckenden Bildern, die in unserer Phantasie vor uns aufsteigen" bemüht ist, menschliche Beziehungen zwischen den Nationen zu errichten."

Und Gibraltar?

Spanische Anspruch und die traditionsreiche Flagge über
den Felsen

Gibraltar war, seit am 4. August 1704, vor genau 250 Jahren also, die britische Flagge über seinem Felsen gehißt wurde, mehr als zwei Jahrhunderte ein wichtiger und sicherer Besitz für die englische Position im Mittelmeer. In den maritimen Teilen der napoleonischen Kriege und der beiden Weltkriege als Stützpunkt und Abschlußpfropfen der englischen See im Mittelmeer war sein Wert groß. In den Jahren 1940/43, als es England nicht gerade gut ging, wurde daher das Thema Gibraltar, das auch Hitler gegenüber Franco angeschnitten hatte, in den Gesprächen zwischen London und Madrid mehr als einmal berührt. Und noch heute vertritt die spanische Diplomatie trotz allen britischen Dementis den Standpunkt, dass ihr die Rückgabe des Felsens als Preis für Neutralität versprochen worden sei.

In den Jahren des Spanienboykotts war dieses Gespräche versiegt. Durch die amerikanisch-spanischen Verhandlungen wurde es wieder hochaktuell. Und seitdem amerikanische Luftbasen in Spanien und Span.-Marokko gebaut werden, hat man in Washington auch den Wert der iberischen Halbinsel als Katalysator der amerikanischen Interessen erkannt. Der Leerlauf der Verhandlungen um die NATO den mittelöstlichen Verteidigungspakt, ist heute überwunden da in jenem Range beidseitige Verträge geschlossen worden. Erwähnt ist, dass die diplomatische Unterstützung Ägyptens durch Madrid bei Bereinigung der Suezkanalfrage mindestens so wertvoll war wie der amerikanische Beistand. Jetzt wollen sozusagen in Gegenzug, die arabischen Länder die spanischen Ansprüche auf Gibraltar fördern.

Für die Verteidigung Westeuropas an der Peripherie sind die spanischen Luftbasen zehnfach wichtiger als der enge Felsen an der Straße von Gibraltar, auch wichtiger als der bereits fortgeschrittene Bau amerikanischer Flugfelder im unruhigen Franz.-Marokko. Keiner weiß das besser als der Vereinigte Generalstab in Washington. Nun

machte Madrid ein handfestes Angebot: Rückgabe Gibraltars an Spanien und Überlassung an die Westverteidigung. Englands abschlägige Antwort war der Besuch seiner Königin auf dem Felsen. Es gab eine erhebende Feier. Auch die Feierlichkeiten an dem Tage, an dem die britische Flagge ein Vierteljahrtausend über Gibraltar weht, werden imposant sein. Sie stehen dennoch unter dem Druck des spanischen Anspruchs, der gelegentlich höchst drastisch geäußert wird.

Es ist ein Vorteil für Spanien, dass es die europäische Macht ist, die die besten Beziehungen zum Islam hat. Das sichert auch seine marokkanische Bastion. Washington hat das sofort notiert. Die britische Einsicht über Suez ist auch in Madrid vermerkt worden. Und was der britische Kriegsminister über den äußerst fragwürdigen Wert von Suez sagte, gilt im Zeitalter der Atombombe, der Überschallgeschwindigkeiten und der Fernraketen noch weit mehr für Gibraltar und seine Enge. Imperialdenkende Engländer mögen darüber seufzen wie über Indien und Suez. Aber der Wert rechtzeitigen Verzichts ist meist größer als die Kosten, die steife Beharrung verursacht.

+ + +

Sauberes Urteil

sp - In Karlsruhe wurden vom Bundesgerichtshof drei kommunistische Spitzenfunktionäre als "Rädelsführer einer verfassungswidrigen Vereinigung" zu Gefängnisstrafen von drei bzw. einem Jahr verurteilt. Sie waren, weil sie sich danken konnten, was ihnen blühte, zur Urteilsverkündung nicht erschienen und haben sich seitdem nicht blicken lassen. Man nimmt an, dass sie in die Sowjetzone gegangen sind. So gesehen ist dies Urteil ein Stoß ins Leere. Man fragt sich, ob die Flucht nicht verhindert werden konnte, die den Urteilspruch praktisch weitgehend entwertet. Jene verfassungswidrige Vereinigung aber war der sogenannte "Hauptausschuss für die Durchführung der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung Deutschlands", der im Januar 1952 von der Bundesregierung verboten worden ist.

Das Urteil ist sicher das Ergebnis einer erstklassigen juristischen Arbeit. Das Gericht stellt fest, es habe nicht politische, sondern strafrechtliche Tatbestände zu prüfen und zu beurteilen gehabt. Solcher Versicherung hätte es nicht bedurft, denn schon die ersten Erläuterungen des Urteils durch das Gericht selbst weisen,

man möchte fast sagen in klassischer Weise, die Merkmale einer subtilen formalrechtlichen Differenzierungskunst auf. Vor dem ganz offen vorliegende liegenden politischen Sachverhalt zu dieser mühevollen und gewissenhaften juristischen Massarbeit in Beziehung setzt, kann von dem unbeirrten Streben nach Sachlichkeit und größtmöglicher Objektivität nur beeindruckt sein.

Die kommunistische Partei hat den ganzen Prozess zu einem politischen Spektakulum erster Ordnung zu machen versucht, im Ländern mit starken kommunistischen Einflüssen, aber auch im angelsächsischen Bereich z.T. nicht ohne Erfolg. Man wollte mit aller Gewalt einen Propagandaschlagler daraus machen und wird nun nach dem Urteil nur verstärkt darum bemüht sein. Aber für jeden, der sich einen unbefangenen Blick bewahrt hat, wird dieses Bestreben zur hoffnungslos verlogenen Farce, wenn man das in Karlsruhe an den Tag gelegte Maß an rechtlichem Denken und Urteilen mit den Methoden der Wahrheitsfindung in der Sowjetzone vergleicht - zumal in Prozessen mit politischen Hintergrund.

+ + +

Ein Oberstdorfer Reisebüro, der Münchner Generalstaatsanwalt
und die Moral

K.H. Das berufsmäßige Retten der Moral gehört seit jeher zu den Spezialgebieten jener Leute, die es als ihre vornehmste Aufgabe betrachten, das religiöse Empfinden für ihre politischen Zwecke zu missbrauchen und die es auch nicht wahrhaben wollen, - wie dies Bundespräsident Heuss einmal sehr treffend sagte - dass sich Christus nicht für eine Partei ans Kreuz schlagen ließ und die des weiteren wünschen, dass die Kirchen zu Versammlungslokalen und die Kanzeln zu politischen Rednertribünen werden mögen.

Auch der gegen die sozialdemokratische Partei und gegen die Gewerkschaften von unchristlichem Hass strotzende "Rheinischer Merkur" glaubt es seinen Förderern und Freunden schuldig zu sein, zumindest einmal wöchentlich die deutsche Öffentlichkeit von der Notwendigkeit einer moralischen Aufrüstung gegen die angebliche Unmoral zu überzeugen.

Vor einiger Zeit nun - die Ausgabe kam uns erst dieser Tage vor Augen - hatte es ihm der "Sexualtourismus" angetan und er findet es in höchsten Maße empörend, dass ein bayrisches Reisebüro in seinen Prospekten "Verlobten im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches" verspricht, Ihnen die Möglichkeit zu geben, "Urlaub in einem Doppel-

zimmer zu verbringen".

Mit der echten Freude des Lokalitikers ribt der "Rheinische Merkur" seinen Lesern zu wissen, dass der Münchner Generalstaatsanwalt "dem Oberstdorfer Reisebüro kräftig in die Parade gefahren" ist. Besondere Sorge bereitet es den Sexual-Lizenzrichtern des N.N., dass die Campings noch nicht verboten sind. Hier sieht das Blatt ganz schwarz....:

"Hier ist den Hotels eine schwer zu verdauende Konkurrenz erwachsen. Soweit nicht von Ehepaaren gecompt wird, bietet sich dort ein Dauerhindernis von jener Art an, wie es der muntere Reiseprospekt im "Mangel an Einzelzimmern" erblicken möchte, um konkurrenzfähig zu bleiben; denn man kann nun einmal bei besten Willen nicht den Campingpartner neben das Zelt legen und statt seiner die pervertierten Ideale der Jugendbewegung ins Zelt sperren ..."

Doch vielleicht ließe sich durch die Aufstellung einer Mo-Mo-Li (Motorisierte Moral-Liga), der moralische Damen und Herren jeden Alters beitreten können, Abhilfe schaffen. Das Ehrenkommando dieser Organisation, die mit dem Luisebund des "Stahlhelm" geistige Luchfühlung halten sollte, würde Minister Würmeling sicherlich gerne übernehmen. Die aktive Kampfgruppe wird sich dann als die Würmelinge, oder kurz als die WU-Leute bezeichnen. Zu ihrem Aufgabenbereich würde es z.B. auch gehören, sich im Schutze der Nacht bei Campingplätzen anzuschleichen und dann überfallsartig die Felte nach unkeuschen Vorgängen zu untersuchen, bzw. die gesetzliche Berechtigung hierfür zu kontrollieren. Den Reportern der moralischen Presse wird es voraussichtlich gestattet sein, an diesen Mo-Mo-Li-Aktionen teilzunehmen und Originalberichte vom Kampfplatz zu verfertigen.

Sollte es den Herren des "Rheinischen Merkur" ernstlich darum gehen, unamoralische Zustände zu bekämpfen, dann mögen sie nicht in den Doppelzimmern der Hotels und in den Campingzelten herumschneffeln und sich in Dinge mischen, die sie nichts, aber schon gar nichts angehen, sondern dann mögen sie in den westdeutschen Städten jene Stellen besuchen, wo schulentlassene Mädchen oder noch jüngere bei den Taschern herumlungern; dann mögen sie sich die Verhältnisse in den Bunkerwohnungen betrachten, deren es noch hunderte in der Bundesrepublik gibt, dann mögen sie jene Wohnkassen aufsuchen, in denen Untermieter mit den noch kaum erwachsenen Kindern im gleichen Zimmer schlafen;

da n mögen sie sich jener Jugendlichen annehmen, die einmal gestraucht sind und denen es nach der Haftentlassung unmöglich ist, eine Stellung zu finden und die immer tiefer und tiefer sinken; dann mögen sie sich mit jenen sehr bedenklichen sozialen Erscheinungen in der Bundesrepublik beschäftigen, die sich oft in moralischer Hinsicht verheerend auswirken.

Ein solches Bemühen wäre moralisch, während das Schnüffeln, ob zwei Menschen berechtigt sind, ein Doppelzimmer zu besitzen, eine nicht nur journalistisch anrüchige Angelegenheit ist, die mit wirklicher Moral nichts zu tun hat.

+ + +

Mit Blick auf die Landtagswahlen

spk, München

Der Landesausschuss der Sozialdemokratischen Partei, Landesverband Bayern, beschäftigte sich am vergangenen Wochenende in Nürnberg mit der Vorbereitung der Landtagswahlen.

Dem Auftrag der Landeskonferenz folgend, wurden die einzelnen Kapitel des Landeswahlprogramms abschließend durchberaten, so dass nunmehr das sozialpolitische, das kulturpolitische und das kommunalpolitische Wahlprogramm vorliegen. Die Forderungen zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, die die Sozialdemokratie für die nächste Legislaturperiode aufstellt, werden auf einer Pressekonferenz der sozialdemokratischen Minister und Staatssekretäre Anfang September der Öffentlichkeit übergeben. Die Richtlinien dazu sind vom Landesausschuss ebenfalls beraten worden.

Es wurde ferner beschlossen, der Öffentlichkeit die gesamten Forderungen der Sozialdemokratischen Partei auf dem Landestreffen in Nürnberg am 19. Sept. 1954 bekanntzumachen.

Der Landesausschuss nahm auch einen Bericht des Landesvorsitzenden Waldemar von Knoeringen über die politische Situation entgegen. Knoeringen gab über die Vorbereitungen zur Landtagswahl der übrigen Parteien informative Mitteilungen, wobei er vor allem darauf hinwies, dass die "Volkswirtschaftliche Gesellschaft" die Finanzierungsquelle dieser Parteien ist. Bei CSU sei auf diese Unterstützung angewiesen. Es sei außerdem bekannt, dass man erneut mit den alten Ladenhütern von der Religionsfeindlichkeit und der Bolschewistenfreundlichkeit der SED zu operieren versuche. Ein Flugblatt der CSU, das in Kitzingen verbreitet wurde, offenbarte die Propagandalinie dieser Partei. Der Landesvorsitzende wies darauf hin, dass die Sozialdemokratie objektiv und mit den Argumenten der Landespolitik ihren Wahlkampf bestreiten wolle, dass sie aber mit der gleichen Münze zurückzahlen werde, wenn man sie dazu zwingt. Die Sozialdemokratie werde vor allem die gegnerischen Kräfte sichtbar machen, die im Hintergrund der politischen Parteien operieren und deren Hauptziel es ist, ihre wirtschaftliche Macht und ihr egoistisches Gewinnstreben auf Kosten der Allgemeinheit zu verstärken.

Der Landesausschuss billigte die Grundlinien für die Durchführung der Wahlaufklärung und stellte fest, dass die Sozialdemokratie dabei ausschließlich auf die Beiträge ihrer Mitglieder und die Sonderbeiträge der Mitglieder der sozialdemokratischen Landtagsfraktion angewiesen ist.

Verantwortlich: Peter Danna